2 Ampel und 1 Gehwegvorstreckung

Was 15 Jahre lang nicht möglich war, geht innerhalb von Tagen

Seit 15 Jahren bemühe ich mich um sichere Querungsmöglichkeiten über die Straße An der Wuhlheide. Doch seit 15 Jahren wird die Notwenigkeit durch die Senatsverwaltung abgelehnt. Plötzlich wurden zwei Baustellenampeln problemlos errichtet.

Es muss ein Busfahrer der BVG sein, welchem wir die zwei neuen Baustellenampeln an der Straße An der Wuhlheide zu verdanken haben. Denn seitdem der Schienenersatzverkehr durch die Rathenaustraße geführt wird, gibt es plötzlich zwei Baustellenampeln an den Kreuzungen An der Wuhlheide / Rathenaustraße sowie An der Wuhlheide / Steffelbauerstraße. Trotz Beschlüssen des Bezirksparlamentes, schriftlichen Anfragen, Medienberichten und einer Demonstration von Anwohnenden waren diese bisher undenkbar.

Ich kämpfe für den Erhalt von mindestens einer Ampel

Sie können sich vorstellen, dass mich diese Baustellenampeln einerseits freuen und andererseits mehr als verärgern, führen sie doch vor Augen, dass die Interessen von Anwohnenden ignoriert und die Interessen der BVG Gehör finden. Entscheidend ist, dass die Baustellenampeln nun da sind und wenigstens an zwei Stellen deutlich mehr Sicherheit für die Autofahrenden und die Fußgänger aus Oberschöneweide besteht.

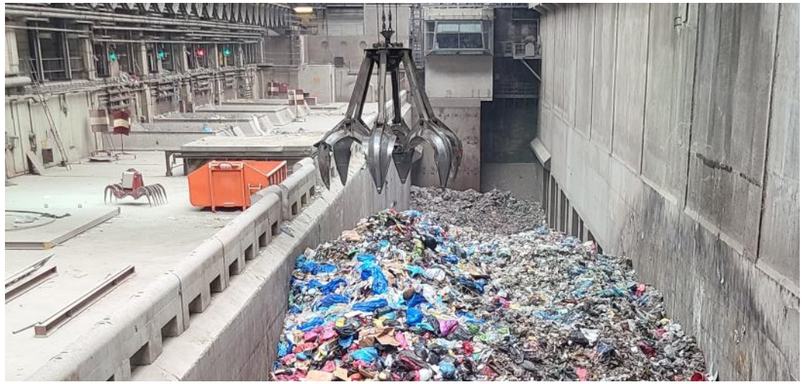
Ich kämpfe dafür, dass mindestens eine dieser Ampeln nach den Bauarbeiten erhalten bleibt. Hierzu habe ich bereits eine parlamentarische Anfrage auf den Weg gebracht und auch die Berliner Zeitung berichtete von meiner Forderung.

Eine Gehwehvorstreckung kommt

Auch an der Ecke An der Wuhlheide / Firlstraße geht es voran. Hier kämpfte ich, nachdem einer Bedarfsampel zum wiederholten Male eine Ablehnung erteilt wurde, um die Einrichtung von Gehwegvorstreckungen. Das Bezirksamt hat das nun, fast ein Jahr nach der Demonstration von Anwohnenden an dieser Kreuzung, schriftlich zugesagt.

Hier stinkt es und ist sehr warm

Besuchen Sie mit mir das Müllheizkraftwerk Ruhleben der BSR



Wohin kommt unser Hausmüll und was macht die Berliner Stadtreinigung eigentlich damit? Werfen Sie mit mir einen Blick hinter die Kulissen.

Im Müllheizkraftwerk Ruhleben der BSR wird der Berliner Hausmüll verfeuert. Jeden Tag kommt hier der Hausmüll von hunderttausenden Berliner Haushalten an. Die dabei entstehende Hitze wird in das Fernwärmenetz eingespeist und zur Produktion von Strom im nahen Kraftwerk von Vattenfall genutzt. Trotz allem Mülltrennens gehören noch immer gut 40 Prozent des Mülls gar nicht in den Hausmüll. Besseres Trennen würde helfen, die Müllberge zu reduzieren. So werden Stoffe verbrannt, mit denen man eigentlich besseres machen könnte.

Melden Sie sich jetzt per Mail oder Telefon für die Führung an! Bringen Sie zudem bitte festes Schuhwerk mit und werfen Sie mit mir einen spannenden und eindrucksvollen Blick in das Müllheizkraftwerk Ruhleben.

Wann: Freitag, 27. September, 10 Uhr
Treffpunkt: Freiheit 24-25, 13597 Berlin

So bin ich ansprechbar:

KIEZBÜRO „AnsprechBar“
Siemensstraße 15, 12459 Berlin
E-Mail: wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de
Telefon: 030 / 40 74 22 73

Montag 10-18 Uhr
Dienstag 10-15 Uhr
Mittwoch 10-18 Uhr
Donnerstag 10-15 Uhr

ABGEORDNETENHAUS
Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin
E-Mail: lars.duesterhoeft@spd.parlament-berlin.de
Telefon: 030 / 23 25 22 90

ODER DIREKT unter
0179 / 39 34 615
(auch per WhatsApp, Signal oder Telegram)

Zeitung von Lars Düsterhöft
AnsprechBar
für Sie im Abgeordnetenhaus Berlin

Ausgabe August 2024 Produziert mit Co2-Ausgleich

Eisenbahn, Eiskultur, Kino und Café

Kommen Sie mit einem Gutschein gut durch den Sommer

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

Journalisten sagen zur Sommerzeit auch gern Saure-Gurken-Zeit, weil es im politischen Raum für wenige Wochen im Jahr etwas ruhiger wird und nicht jeden Tag ein angeblicher neuer „Skandal“ thematisiert werden kann. Ich finde, dass die Sommerzeit perfekt ist, um ganz viel vor Ort zu unternehmen und rauszukommen aus dem Alltag.

Ich möchte Sie gern zu vier schönen Erlebnissen in Oberschöneweide, Niederschöneweide und Johannisthal einladen. Hierzu verlose ich in jeder Augustwoche Gutscheine für ein schönes Erlebnis. **Zur Teilnahme schreiben Sie einfach eine Mail an die bekannte E-Mailadresse.**

Besuchen Sie das Kino am Kaisersteg

Zwischen Kaisersteg und Treskow-Brücke wird die Spree zum Hintergrund für das Kinoerlebnis des Jahres. Vom 15. bis 25. August erwartet Sie ein buntes und spannendes Programm. Gewinnen Sie in der Zeit **vom 5. bis 11. August** 2 mal 2 Freikarten für das Kino am Kaisersteg.

Fahren Sie mit unserer Parkeisenbahn

In der Zeit **vom 12. bis 18. August** können Sie 10 Freifahrten für jeweils einen Erwachsenen und ein Kind gewinnen und sich den Dampf der Lokomotiven um die Nase wehen lassen.

Gehen Sie ein Eis essen in der Eiskultur

Manche sagen, bei der Eiskultur in der Schnellerstraße in Niederschöneweide gäbe es das beste Eis Berlins. Die langen Schlangen lassen vermuten, dass es stimmt. Probieren Sie es aus. Gewinnen Sie in der Zeit **vom 19. bis 25. August** einen von zwei Gutscheinen über jeweils 10 Euro.

Gehen Sie schön frühstücken

Seit Kurzem gibt es im Sterndamm 67 in Johannisthal das Café Caramel, das mit einer umfangreichen Karte Lust macht einzukehren und ausgiebig zu frühstücken. **Vom 26. August bis 1. September** verlose ich einen Frühstücksgutschein für zwei Personen.

Ihr Lars Düsterhöft

Die große Bürgergeld-Show

Wenn Populismus die Politik treibt und die SPD nachgibt

„Respekt für dich.“ Das war einer der Slogans, mit dem die SPD in den letzten Bundestagswahlkampf gezogen ist und die Wahl gewonnen hatte. Respekt gegenüber Menschen, die zu wenig Geld zum Leben haben. Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind und deshalb Bürgergeld bekommen.

Doch anstatt mit Respekt allen Menschen zu begegnen, diffamieren neoliberale, konservative, rechte und rechtsextremistische Kräfte in unserem Land die Menschen. Natürlich seien nur diejenigen gemeint, die „zu faul sind zum Arbeiten“! Und das träfe ja wohl auf die meisten zu, die Leistungen vom Staat bekommen, oder? Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU will "das Bürgergeld in dieser Form wieder abschaffen und durch ein anderes Modell ersetzen". Wer arbeiten kann, der soll das auch tun. Ja, dieser Meinung bin ich auch. Arbeit lohnt sich, denn selbst Menschen mit absoluten Niedriglöhnen, haben am Ende mehr raus als die Empfängerinnen und Empfänger von Bürgergeld.

Was Linnemann aber außen vor lässt: die allerwenigsten Menschen beziehen Bürgergeld aus Faulheit oder Bequemlichkeit oder weil sie denken, dass arbeiten sich nicht lohnt. Nahezu alle Menschen, die arbeiten können, tun das auch!

Wie viele sind tatsächlich „Totalverweigerer“?

Wussten Sie, dass die Mehrheit aller Menschen Bürgergeld bekommt, weil sie zu jung (Kinder unter 15) sind, um zu arbeiten (gut 1,5 Millionen Menschen), eine Behinderung haben (gut 700.000 Menschen), oder weil sie alleinerziehend (gut 600.000 Menschen) sind, sich gerade in einer Ausbildung oder im Studium befinden, weil sie Angehörige pflegen oder Kinder erziehen (gut 1,6 Millionen Menschen) oder weil sie arbeiten und ihnen das Geld dennoch nicht zum Leben reicht (gut 800.000 Menschen)? Lediglich gut 1.890 Millionen Menschen stehen dem Arbeitsmarkt vollumfänglich zur Verfügung. Hiervon sind gut 130.000 Menschen mit einer Sanktion belegt. Nur ein wirklich sehr kleiner Bruchteil davon (gut 20.000 bis 40.000 Menschen), sind die sogenannten Totalverweigerer, mit denen die FDP, die CDU und die AfD alle Empfängerinnen und Empfänger von Bürgergeld in einen Topf wirft.

Weniger Respekt gleich mehr gesellschaftliche Akzeptanz?

Mit dem Bürgergeld, mit dem das umstrittene Hartz-IV System ersetzt wurde, wollte man die Förderung in den Mittelpunkt stellen und den Bedürftigen mehr Respekt gegenüber zeigen. Was nun beschlossen wurde, sind u.a. Verschärfungen von Sanktionen, neue Zumutbarkeitsregeln, eine sogenannte Meldepflicht, ein schnellerer Zugriff auf das Ersparte.

Die ursprüngliche Idee der Reform verschwindet nun hinter dem Ziel, für mehr politische und gesellschaftliche Akzeptanz zu sorgen. Oder mit anderen Worten: der Opposition nach dem Mund zu reden. Mit welchen Konsequenzen?

Als Hartz-4 eingeführt wurde, hieß es "Wir werden die Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von den Einzelnen fordern." Diese Worte des ehemaligen Kanzlers Schröder gingen damals vielen gegen den sozialdemokratischen Strich.

Als die Ampelregierung das Bürgergeld dann eingeführt hat, war die Rede von einem neuen "Verständnis eines haltgebenden und bürgernahen Sozialstaats". Das Bürgergeld sollte, so war es gedacht, Hilfe und Ermutigung sein.

Keine Abschaffung von Sanktionen

Mitwirkungspflichten gab es weiterhin, ebenso die Sanktionen. Was wirklich neu war, war die Abschaffung des uneingeschränkten Vorrangs von Arbeit. Eine passgenaue Qualifikation sollte wichtiger sein, als eine schnelle Vermittlung. Fördern statt nur zu Fordern. Und genau hier soll jetzt gespart werden. Kein Wort mehr von Hilfe und Ermutigung, nein Gegenleistung, vor allem Leistung ist die Losung der Stunde.

Wurden bisher Sanktionen (bei mangelnder Mitwirkung) schrittweise auf bis zu 30% Abzug erhöht, werden diese 30% nun sofort fällig. Man muss sich regelmäßig bei seinem Jobcenter melden, so in etwa wie bei einer Bewährungsauflage. Zu den Zumutbarkeitsregeln gehört u.a. die Inkaufnahme längerer Arbeitswege. Wie z.B. ein alleinerziehender Vater oder ein pflegender Angehöriger einer Arbeit nachgehen will, wenn er dafür bis zu 3 Stunden Fahrtweg Inkaufnehmen muss, ist mir schleierhaft. Das Bürgergeld kostet. Es ist teuer. Teurer als gedacht. Auch, weil es in den vergangenen Jahren z.B. durch die geflüchteten Menschen aus der Ukraine, eine höhere Zahl an Empfängerinnen und Empfängern gab. Menschen ein Existenzminimum zu gewähren, sichert aber nicht nur den sozialen Frieden, es ist auch durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt und festgelegt. Es gibt keine willkürliche Leistungshöhe. Und es zollt den Menschen Respekt. Den Respekt, den die SPD den Menschen ursprünglich versprochen hatte. Doch jetzt tritt das Fordern wieder in den Vordergrund. Schade.

Ich wünsche mir mehr Respekt

Ich glaube, dass die SPD eine Chance vertan hat, den Menschen zu erklären, warum wir einen respektvollen Umgang mit den Menschen wollen. Gerade hier im Osten Deutschlands haben die Menschen die Erfahrung gemacht, wie Qualifikationen weggewischt wurden, wie Lebens– und Arbeitsleistungen abgetan wurden, wie die Langzeitarbeitslosigkeit der 90er Jahre die Menschen und die Gesellschaft kaputt gemacht haben.

Ich befürchte, dass viele Menschen gar nicht merken, welche respektlose Politik mit bestimmten politischen Kräften verbunden ist. Ich wünsche mir mehr Respekt für unsere Gesellschaft und ein faires Bürgergeld.

Warum und wie Berlin sparen muss

Klarer Schwerpunkt meiner SPD-Fraktion bei den Beratungen

Geld ausgeben kann jeder. Geld einsparen, das ist die Herausforderung, welche nicht einfach zu bewältigen ist. Nach vielen Jahren, mit stets steigenden Ausgaben, muss das Land Berlin nun wieder sparen.

In der Krise spart man nicht. Im Rahmen der Corona-Krise haben alle öffentlichen Haushalte viel Geld in die Hand genommen, um die Wirtschaft zu stützen und Menschen zu unterstützen. In der Energiekrise wurde erneut viel Geld in die Hand genommen, um die gestiegenen Energiekosten abzufedern. Hinzu kamen politische Entscheidungen, deren Tragweite nun erst deutlich oder heute anders bewertet werden und ggf. korrigiert werden müssen.

Mittlerweile ist die Inflation wieder auf Normalniveau, die Krisen sind gemeistert, die Ausgaben sind aber noch immer deutlich zu hoch. Gut 10 Prozent müssen im laufenden Doppelhaushalt 2024/2025 eingespart werden.

Noch im Herbst soll durch uns Abgeordnete geklärt werden, wo ab Januar 2025 gespart wird. Hierzu schauen wir uns derzeit die großen Ausgabeposten an. Denn um so mehr Großprojekte wir streichen können (mögliche Beispiele sind hierfür das 29-Euro-Ticket, die Hauptstadtzulage oder die Sanierung der Komischen Oper), um so weniger müssen wir in den einzelnen Bereichen in der Substanz sparen.

Dabei darf es keine Denkverbote geben. Aber Sie haben bei den Wahlen Parteien aufgrund ihrer Politik gewählt. Für die SPD steht das Soziale im Mittelpunkt. Es ist für meine Fraktion daher klar, dass wir im Sozialbereich keine großen Kürzungen mittragen werden und auch so wichtige Dinge, wie die kostenfreie Kita, nicht verhandelbar sind.

Bei den Einsparungen kommt es auf Grundsätze und klare Prioritäten an. Meine Überzeugungen sind dabei meine Richtschnur.